

soeletes loomtas sein. So behauptet, daß man mit diesem "nationalen Front" anderen die nationale Gestaltung abbrechen will.

Das Verbot des Gleichheits in Rheinland-Verhalten empfinden sie als schwerer Irrtum. Der Minister des Innern könnte die Parteien, wenn sie nicht von selbst kommen, ruhig einmal zu einer Besprechung einladen. Er muß mancher vorgerufenen Zuständigkeit — ich glaube, man würde noch bald zu einer Bestätigung und zu der von uns gewünschten Aufhebung des Verbots kommen.

Im Hinblick auf die Angriffe des preussischen Ministerpräsidenten gegen das Urteil des Reichsgerichtshofs erklären ich: Wir sind und wollen bleiben ein Reichsstaat. Wir wollen und können nicht bilden, wenn von autoritativer Seite gegen ein höchstgerichtliches Urteil eingewandt wird. Der Herr Ministerpräsident hätte besser getan, die Konsequenzen aus diesem Urteil zu ziehen und Schritt zu machen mit dem Disziplinierungsverfahren wegen des Volksbegehrens.

Ueber die Uniformverbote (reue ich mich und auch auf dem Gebiet des Waffentragens muß gehandelt, was geübt werden kann. Wir dürfen nicht weiter die Fäden locken lassen.

Die Reife des Parlamentarismus ist eine Beteiligungsfrage. Etwas George hat kürzlich auch erklärt, die parlamentarische Arbeit muß rationalisiert werden, sonst führt der Parlamentarismus aus. Das Parlament ist überflüssig. Früher war seine Hauptaufgabe, den Staat anzunehmen, heute unter dem parlamentarischen System sind die Aufgaben viel umfangreicher. Wenn sie erfüllt werden sollen, muß das Vortreffliche gefunden. Ferner brauchen wir eine Wahlreform. Die Abschaffung des Proporz würde ein Sprung ins Dunkle sein. Wir wollen ihn nicht wagen, weil wir als kleine Partei kein Interesse an einer Einzelwahl haben. Mühsam darf man von einer Wahlreform nicht erwarten.

Ich hoffe, wie die Hoffnung erport bleibt. Sie würde mich zu verkennen, wie der Reichstag aus Angst vor dem Koba (Kaiserzeit). Glauben Sie denn, daß Reumachen bester Parteiloyalitäten bringen würden? Ich glaube eher, daß dann die Zusammenlegung des Reichstages der jetzigen Reichler Staatsverordnetenversammlung sich annehmen wird und daß positive Arbeit noch schwerer wird.

Wir sind gewillt und bereit, eine Lösung zu finden, die der Reichstags neuen Arbeit gibt und die Voraussetzung schafft für den Fortschritt des Staats. Ich lehne den Proporz ab. Wir sind bereit, an allen anderen Bedingungen positiv mitzuarbeiten und werden hier wie immer das Vaterland über die Partei stellen. (Beifall der Reichstags- und der Deutschen Sozialpartei.)

Hg. Grotz (Mittl.) erklärt, die Antipathie mancher Kreise gegen den heutigen Staat würde nicht dabei, daß man mit dem Staatsrat nicht zufrieden sei, sondern die Unzufriedenheit kommt daher, weil man das Gefühl habe, daß die Verfassung nur für über gegen einen bestimmten Teil des Volkes angewandt werde.

Seit 1904 habe das Reich Ausposten für die Arbeitslosen gemacht. Wie es sich leicht einsehen nicht mehr helfen kann. Die Arbeitslosigkeit habe gewachsen, man solle bei allen Staatsbedürfnissen in Höhe von 5 v. v. eines jeden Haushalts machen. Aber wir haben noch nie erlebt, daß ein Minister oder ein Reichstagsmitglied sich nicht erklären, (Gurur: nicht einmal beim Zivilrat.)

Der Redner fordert weiter die Heranziehung des Wahlalters auf das vollendete 24. Lebensjahr und erklärt schließlich, eine Wahlreform werde man nicht durch Gesetz, die im Reichstag beschlossene werden, bekommen, sondern die Dinge werden von selber erst werden.

Ein allgemeines Uniformverbot für die politischen Verbände ist erforderlich. Dabei ist es unerwünscht, daß gerade diejenigen, die sich nicht immer besonders antimilitaristisch geäußert haben.

Babst wollte Den Umsturz

Die Gründe für die Ausweisung Innsbruck, 17. Juni | Ulstein-Nachrichtendienst

Die schließliche Ausweisung des Majors Babst ist, wie ich erlaube, auf die Umstrukturierung des österreichischen Reichsheeres, aus denen man Rücksicht erhalten hätte. Babst arbeitete in Innsbruck mit den Reichsbehörden in Deutschland und schickte Briefe in Italien auf den offenen Postweg hin.

Im übrigen habe ich über die Einbürgerung des Majors Babst in Tirol folgende authentische Feststellungen machen können: Babst warnte sich nach dem Kapp-Zug mit guten Empfehlungen an den bayerischen Bauern- und Einwohnerwehrgeschäftler Fein, der ihn an den Bundesauswärtigen und Zivil-Dr. Stumpf weiterempfahl. Stumpf interessierte daraufhin den jetzigen Bürgermeister von Innsbruck, Hilger, für seinen Schilling, der dann in Hilders und seiner Freunde Jagdhahn auf der Gramma-Wip in der Nähe des Kofenles unterzeichnet wurde. Das einzige Dokument, das Babst unter dem Namen Walter Peter als

an diesen Uniformen ihre Freude hätten. (Beifall bei der Reichstagspartei.)

Hg. Baum (Chr.-nat. Arb.) spricht von dem ausgeprägten Kampf zwischen dem Reich und „einem mitteldeutschen Lande“. Diese Teilung begreife er nicht. An und für sich ist es erfreulich, daß das Thüringische Volksbildungsministerium Schulverträge eingeleitet habe, um damit den städtischen Geist in den Schulen zu wecken. Aber der Kaiser liege darin, daß die Einführung geschehe ist, eine Verbindung mit den zuständigen evangelischen und katholischen Kirchenbehörden (Hg. Frid: Sie werden gehört). Das genügt nicht; die zuständigen Kirchenbehörden müssen die Texte allein bestimmen und keine andere

Minister Waentig beim Reichsstädtebund

Leipzig, 17. Juni | Ulstein-Nachrichtendienst
Der Reichsstadtebund, der als Organisation von 1000 Mittel- und Kleinstädten ein Gedicht der deutschen Gesamtbevölkerung repräsentiert, hat seinen Gesamtvorstand und Vizepräsidenten für eine Tagung nach Leipzig gerufen. Diese Tagung erfolgt die sonstige Mitgliederversammlung, die aus Gründen der Sparmaßnahme nicht einberufen wurde.

Der neue Begrüßungsansprache des Präsidenten, Oberbürgermeister Dr. Alfred Pöhlmann von Gieburg legte der Reichsstädtetagsung die Beschlüsse des Reichsstädtetagsung vor. Er sprach sich durch seinen Vizepräsidenten, den Reichsstädtetagsung Dr. B. Stettin, für eine Vergrößerung der kommunalen Verwaltungskreise in allen deutschen Städten ein, um dem Zustand der Reichsstädtetagsung ein Ende zu machen. Dabei empfahl er die einheitliche Einführung des Zentralmunicipals, damit der Magistrat, der die Verantwortung trägt, nicht wie heute häufig in seiner Arbeit durch die nach parteipolitischen Grundsätzen zusammengestellten Stadtratsverordnetenversammlung gehindert werde. Die Einführung eines Reichsstädtetagsung der Gemeinden hält Dr. Stettin nicht für nötig; die Schaffung

ein unabhängiger Vereinigungseinrichtung für den kommunalen Epochenverbänden im Auslande Interesse der Gemeinden bereits in Angriff genommen.
Bredt gegen das Rotodytum
Ein Schreiben des Reichsjustizministers
Zur Bekämpfung des Rotodytums von rechts und links hat der Reichsjustizminister Dr. Bredt an alle deutschen Landesjustizverwaltungen einen bedeutsamen Erlass geschickt. Er hat angetragt, die Landesjustizverwaltungen möchten ihrerseits Gesetze und Staatsanwaltschaften für scharfe Vorgehen gegen das Rotodytum reorganisieren, und zwar am besten durch die Verfassung, die der kürzlich erlassenen Verfügung des preussischen Justizministers entspricht.
Der preussische Justizminister Dr. Schmidt hat als erster in einem Erlass an alle Staatsanwaltschaften ein energisches Eingreifen zum Segne der Staatsanwaltschaft gefordert. Er hatte angeordnet, daß die politischen Strafverfahren mit besonderer Beschleunigung durchzuführen, die Anklagen während der Verhandlung energisch zurückzuführen und die Strafvollstreckung beschleunigt durchzuführen wird.
Im Zusammenhang mit dieser preussischen Verfügung haben auch die Verordnungen der beteiligten Stellen wegen der Durchführung des Schmelzinger Verordnungsdruck-Prozesses. Das Ministerium der nationalpolitischen Angelegenheiten ist immer vorbereiteter geworden. Die Staatsanwaltschaft am gemiedenen, die am gemiedenen Ministerien der Zeugen mit besonderem Nachdruck entgegengetreten.

Wegen Spionage verhaftet

Reichswehr-Obermuffmeister und Frau in Minden festgenommen

Minden, 17. Juni | Ulstein-Nachrichtendienst
Als am Sonntagabend der Obermuffmeister des 6. Artillerieregiments in Minden, Paul Adam, seine Frau, die aus dem besetzten Gebiet zurückkam, am Zuge erwartete und eben mit dem Worten: „hat alles getuppt?“ begrüßte, wurden die beiden von Beamten der Spionageabwehr verhaftet.

Die Frau des Obermuffmeisters ist eine geborene Tochterin und soll im Einvernehmen mit ihrem Mann ihre vermannschaftlichen Beziehungen in Frankreich zum Landesverrat benutzt haben. Es heißt, daß die Preussische Spionage-Abwehrstelle schon vor

Stelle. Als Christ habe er es nicht gewußt, wenn die Nationalpolitischen Journalen diesbezügliche gemacht werde, wie das durch die Schulgebete in Thüringen der Fall sei.

Der Städtetagsung

Spure und morgen, Mittwoch, wird der Etat des Innenministeriums beraten. Der Donnerstag Mittag werden die Reichsstädtetagsung. Soeben legten am Freitag der Etat für die besetzten Gebiete, am Sonntag das Gesetz über die Straftat (Anwaltschaft), am Montag und Dienstag der Etat des Erziehungsministeriums mit der Disziplin und vom Mittwoch ab der Etat des Auswärtigen zusammen mit Handelsverträgen.

Bredt gegen das Rotodytum

Ein Schreiben des Reichsjustizministers
Zur Bekämpfung des Rotodytums von rechts und links hat der Reichsjustizminister Dr. Bredt an alle deutschen Landesjustizverwaltungen einen bedeutsamen Erlass geschickt. Er hat angetragt, die Landesjustizverwaltungen möchten ihrerseits Gesetze und Staatsanwaltschaften für scharfe Vorgehen gegen das Rotodytum reorganisieren, und zwar am besten durch die Verfassung, die der kürzlich erlassenen Verfügung des preussischen Justizministers entspricht.
Der preussische Justizminister Dr. Schmidt hat als erster in einem Erlass an alle Staatsanwaltschaften ein energisches Eingreifen zum Segne der Staatsanwaltschaft gefordert. Er hatte angeordnet, daß die politischen Strafverfahren mit besonderer Beschleunigung durchzuführen, die Anklagen während der Verhandlung energisch zurückzuführen und die Strafvollstreckung beschleunigt durchzuführen wird.
Im Zusammenhang mit dieser preussischen Verfügung haben auch die Verordnungen der beteiligten Stellen wegen der Durchführung des Schmelzinger Verordnungsdruck-Prozesses. Das Ministerium der nationalpolitischen Angelegenheiten ist immer vorbereiteter geworden. Die Staatsanwaltschaft am gemiedenen, die am gemiedenen Ministerien der Zeugen mit besonderem Nachdruck entgegengetreten.

längere Zeit auf den Obermuffmeister aufmerksam gemacht worden ist. Wie meist in solchen Fällen begann der Verhaftung damit, daß die Familie, die vier kleine Kinder hat, über ihre Beschäftigung zu leben. Außerdem findet die häufigen Reisen der Frau in das besetzte Gebiet und zu ihren französischen Verwandten auf.

Der Todessturz auf der Abus

Die Ursache noch nicht geklärt

Während des heutigen Tages finden auf der Abus in der Nähe des Bahnhofs Nikolaus kriminalpolizeiliche Untersuchungen statt, die zur Klärung des getrigen schweren Autounfalls dienen sollen, bei dem, wie berichtet, eine Person getötet und drei schwer verletzt wurden. Der Unfall hat sich nach den bisherigen Ermittlungen ungefähr folgendermaßen zugezogen: Das von dem Kaufmann Gust Wollstein aus der Bahnhofsstraße 42 geleitete Gebrüder, in dem sich der Drahterbeiter Kurt Keller und seine Ehefrau Wagnel aus der Bahnhofsstraße 42 sowie der Kaufmann Erich Wolf aus der Martin-Bühler-Strasse 87 befanden, geriet in der Nähe des Friedrichs-Ornamentals im Schienenweg, fuhr an den Bahnhofsstraßen und überfuhr sich gegen ein Schienenstück. Dieser wurden aus dem Wagen hinausgeschleudert. Frau Wagnel war auf der Stelle tot, während die anderen Beteiligten mit erheblichen Verletzungen nach der Klinik von Dr. Bergberg in der Windfeldstraße gebracht wurden.

Die Besetzung Baligands

München, 17. Juni | Ulstein-Nachrichtendienst

Auf dem Münchener Gießhof wurde heute Mittag bei inoffiziellen von einem gestirnten deutschen Germanen ermordete Gefandte Dr. Albert v. Baligand in der Eckgrabenstraße seiner Familie beigesetzt.

Am Grabe standen seine Frau, seine Mutter, seine Brüder mit zahlreichen Freunden, darunter Frau Giesele, von Reichsjustizminister Dr. Curtius mit seinem Staatssekretär Dr. v. Schuber und dem Reichler portugiesischen Gesandten Cora Calabra. Ferner der bayerische Ministerpräsident Dr. Geth. Reichsjustizminister Curtius und der portugiesische Gefandte übten dem Verstorbenen Worte der Anerkennung und der Freundschaft.

Frankreich läßt weiter erschließen

Trotz Protest der Kammer

Paris, 17. Juni | Ulstein-Nachrichtendienst

Getters sind in den Debats in Subdeputierten 13 Eingeborenen hinterzogen worden, darunter der Abgeordnete und Führer der Unabhängigkeitspartei, der sozialistische Deputierter, ein junger Arbeiter, der in Frankreich studiert hat. Die Proteste der Kammer gegen das blutige Regime in Saigon scheinen auf das

Reichsministerium noch nicht genügend gewirkt zu haben.

Für seinen Tod hat er aus dem Gefängnis an das Parlament in Paris ein Schreiben geschickt, in welchem er die Verantwortung für den Aufstand auf sich nimmt und für das Leben seiner überaus mitverantwortlichen Angehörigen tritt. Das Schreiben ist eine in maßvoller Form gehaltene eindringliche Anklage gegen die Regierungsmethoden der Franzosen und gegen ihre Weigerung, der eingeborenen Bevölkerung die Mitarbeit an den Geschäften ihres Landes einzuräumen.